Gemeinde Schulendorf

Beschlussvorlage

Bearbeiter/in:

Stefanie Gärtner

Beratungsreihenfolge:

Gremium

Gemeindevertretung Schulendorf

Datum

24.06.2020

Auftragsvergabe Kanalsanierung

Der Regenwasserkanal in der Straße Triangel ist durch starken Wurzeleinwuchs, Korrosion und Risse in einem sehr schlechten Zustand. Eine statische Tragfähigkeit ist nicht mehr gegeben. Die große Verlegetiefe des Kanals und die geringe Verkehrsbelastung verringern die Belastung des Kanals und haben bisher einen Einsturz verhindert. Für die Planung, Ausschreibung und Bauüberwachung der Kanalsanierung liegt ein Angebot von der Ingenieurgemeinschaft Storm Büro in Höhe von 23.879,86 Euro vor.

Bei folgenden Leistungsphasen hat Herr Büro gegenüber der HOAI verminderte Prozentanteile angeboten:

Vorplanung 18 statt 20 %,

Ausführungsplanung 12 statt 15 %,

Bauoberleitung 10 statt 15 %, da auch die örtliche Bauüberwachung angeboten wird.

Die Leistungsphase Genehmigungsplanung entfällt, da keine Änderungen am bestehenden Entwässerungssystem vorgenommen werden.

Ein Vergleich mit einem Honorarangebot für die Erschließung eines B-Planes in Büchen spricht für dieses Angebot. Im Vergleichsangebot der B-Planerschließung sind keine verminderten Prozentanteile angeboten worden, sowohl die örtliche Bauüberwachung mit 2,9 %, als auch die Nebenkosten mit 5 % sind teurer.

Die Kostenschätzung ist etwas mehr als 10 % höher als die von mir veranschlagten Kosten. Allerdings sind in der letzten Zeit die Kosten sehr schwer abzuschätzen, da die Baufirmen ausgelastet sind. Abgerechnet wird am Ende ohnehin nach den tatsächlich entstandenen Kosten.

Wenn die in der Kostenschätzung berechneten Mittel im Haushalt bereitgestellt werden, ist zumindest die Gefahr sehr gering, dass die Mittel nachträglich erhöht werden müssen.

Für das für die Planung erforderliche Bodengutachten sind weitere 6.000,- Euro einzuplanen.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeindevertretung beschließt, für die folgende Maßnahme: Kanalsanierung Triangel die erforderlichen Mittel in Höhe von

30.000,- **EUR**

in den Nachtragshaushaltsplan einzustellen. Für den Fall, dass Leistungen für diese Maßnahme vor Verabschiedung des Haushalts-/Nachtragshaushaltsplanes fällig werden, wird der Bürgermeister ermächtigt, außerplanmäßige Ausgaben zu tätigen. Gleichzeitig wird der Bürgermeister ermächtigt, im Rahmen des § 82 Abs. 1 GO über- und außerplanmäßige Ausgaben zu leisten.

Finanzierung

Durch die Maßnahme ergeben sich

fortdauernde		einmalige	X
--------------	--	-----------	----------

Kosten.